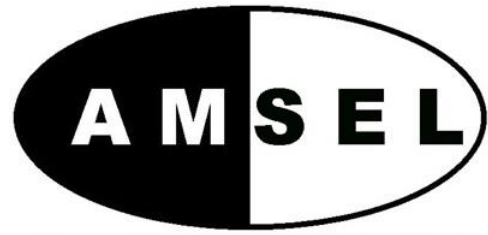


Die Abschaffung der Notstandshilfe gießt Öl ins Feuer

Die aktuelle Studie "[Armut in der Steiermark](#)" macht deutlich, wie sehr die **Teilhabe am Erwerbsleben vor Armut schützt** (soweit es keine prekäre Arbeit ist, oder im Niedriglohnsektor). War eine Person ein Jahr hindurch voll- oder teilzeiterwerbstätig, so lag ihre Armutsgefährdungsquote im Referenzjahr 2016 bei 7 %, war dies nicht der Fall, so bestand mit 19 % ein beinahe dreimal so hohes Armutsrisiko. Personen, die mindestens sechs Monate lang arbeitslos waren, wiesen eine Armutsgefährdungsquote von 43 % auf, ganzjährig arbeitslose Menschen gar eine von 56% (S 17). Zu mehr Arbeitsplätzen in Österreich würde man kommen, wenn eine schrittweise Einführung einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich beschlossen wird. Das würde zu einer gerechteren Verteilung der bezahlten Arbeit zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen und von Männern und Frauen führen.



Arbeitslose Menschen Suchen Effektive Lösungen

Würde die "Notstandshilfe" abgeschafft werden, wird die Situation dahingehend verschärft, dass ein unbefristeter Bezug erst mit Erreichen von 180 Versicherungsmonaten (15 Jahre) gegeben sein könnte. Österreichweit wären weit über 100.000 Menschen betroffen, die dann auch noch ihr Vermögen verlieren, weil sie in die Mindestsicherung gedrängt werden. Davon wiederum wären 37.000 Menschen mit Behinderung. Ihnen generell vorzuwerfen, sie seien "Durchschummler" ist menschenverachtend.

Notstandhilfebezieher sind Arbeitssuchende und müssen daher beim AMS verbleiben, um weiterhin mit notwendigen Schulungen und Kursen und den passenden Stellen, die im Angebot des AMS sind, versorgt zu werden. Es kann nicht sein, dass Arbeitslose nach einer gewissen Zeit einfach ausgesteuert werden. Die Notstandshilfe ist ein wichtiges Netz der sozialen Leistungen in Österreich und ein Herausreißen desselben würde zu drastischen Verwerfungen und Härten führen.

Die Anwendung des diskutierten Algorithmus, der die Arbeitssuchenden nach ihrer Chance am Arbeitsmarkt klassifiziert - und daran anknüpfend für die schlechteste Gruppe eventuell gar keine Leistungen mehr anbietet - wird die Situation noch einmal verstärken. Denn damit wird ein Entkommen aus der Armutsfalle weiter erschwert. Die Berücksichtigung individueller Bedürfnislagen bei der Verpflichtung, jede sich bietende Arbeit um jeden Preis anzunehmen, wäre ein erster Schritt, die strukturell begünstigte Reproduktion von Armut zu verringern.

Der Armutsbericht empfiehlt die Beteiligung der von Armut Betroffenen. In diesem Sinne ist auch die Einrichtung eines Arbeitslosen-Anwalts mit der strukturellen Beteiligung der Betroffenen wünschenswert.

